



Kommunalwahlprogramm:

Unser Coburg – Unsere Zukunft!

Die FDP Coburg-Stadt steht für eine moderne bürgernahe liberale Kommunalpolitik.

Unser Ziel ist es die Freiheit und Selbstverantwortung der Bürger zu stärken. Der Stadtrat, die Bürgermeister und die Verwaltung sollen sich als Dienstleister für den Bürger verstehen

Wirtschaft:

Das Rückgrat einer lebenswerten Stadt sind ihre Unternehmen und Handwerksbetriebe.

Diese erwirtschaften letztlich die Mittel, die eine lebenswerte Stadt benötigt und sichern die heimischen Arbeitsplätze.

Gerade in unsicheren Zeiten muss Coburg an der Seite seiner Betriebe stehen. Wir wollen Arbeitsplätze sichern, Investitionen fördern und eine enge Zusammenarbeit mit den Unternehmen pflegen. Planungen dürfen nicht durch Bürokratie gebremst werden.

Die Tätigkeit der Unternehmen und Handwerksbetriebe darf nicht durch kleinliche Auflagen behindert werden (Zufahrt BROSE, Handwerkerparken in der Innenstadt).

Im Gegenteil: Aktives Anwerben neuer Unternehmen ist Chefsache.

Bei der Vergabe städtischer Aufträge sind lokale Unternehmen zu bevorzugen.

Wir fordern die Einführung von Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber für gemeinnützige Tätigkeiten gemäß dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Innenstadt

Eine lebendige Innenstadt ist Treffpunkt, steht für Handel und Kulturerlebnis, Gaststätten und Cafés, aber auch für Arztpraxen, Apotheken und Kanzleien. Einem Abwandern auf die „grüne Wiese“ gilt

es entgegenzuwirken. Die gute bequeme Erreichbarkeit mit **allen** Verkehrsträgern ist für diese Funktion essentiell.

Das Sicherheitsgefühl in der Innenstadt gilt es zu stärken. Deswegen fordern wir eine „safe now Zone“ und vermehrte Beleuchtung.

Anwohnerparkplätze sind zu erhalten.

Die Club- und Kneipenkultur im Steinweg gilt es zu erhalten und zu unterstützen.

Bauen und Wohnen

Es gilt Bauen und Wohnen allen Bürgern preisgünstig zu ermöglichen.

Bürokratie ist der Hauptkostentreiber. Soweit in der Verantwortung der Kommune gilt es diese zu reduzieren.

Lokale Verordnungen wie die Parkplatz- oder Spielplatzverordnungen sollen aufgehoben, jedenfalls auf ein absolutes Mindestmaß reduziert werden.

Bauanträge gilt es innerhalb kürzester Zeit digital zu bearbeiten.

Das Gebäudeenergiegesetz soll von der Verwaltung großzügig im Sinne der Bürger ausgelegt werden.

Die kommunale Wärmeplanung soll auf Freiwilligkeit setzen.

Zusätzliche kommunale Auflagen, die das Bauen verteuern, lehnen wir ab.

Mobilität:

Alle Verkehrsträger sind für uns gleichberechtigt und müssen aufeinander abgestimmt werden. Wir befürworten hier ein Parkhaus am Bahnhof.

Wir sind gegen eine weitere Ausweitung von Tempo 30 Zonen.

Die FDP befürwortet den gefundenen Kompromiss zum Ausbau der B4. Viele Elemente wie der angepasste Ausbau, die Berücksichtigung einer Fahrradbrücke zum GLOBE, die Sanierung der Südzufahrt mit zusätzlicher Nordtangente entsprechen unseren Forderungen. Insbesondere die Berücksichtigung der von uns immer geforderten Zweigleisigkeit ist entscheidend für einen dauerhaften ICE Halt. Ein zusätzlicher Bahnhof am Globe kann zur Verbesserung des Nahverkehrs beitragen, so wie wir es seit langem mit unserem innovativen S-Bahn Konzept gefordert haben.

Wir bekennen uns grundsätzlich zum Fahrradwegekonzept. Zusätzliche Fahrradschnellwege bleiben jedoch wünschenswert. Der Ausbau eines durchgehenden Radweges entlang der Itz in Nord-Süd Richtung befürworten wir ausdrücklich.

In einer ländlichen Region wird der motorisierte Individualverkehr immer eine Berechtigung haben. Für Besucher aus dem Umland müssen ausreichend Parkmöglichkeiten wie Kurzzeitparkplätze in der Innenstadt und Parkhäuser beibehalten werden. Eine Schlossplatz Tiefgarage (Planung Glodschei) fehlt im sich gut entwickelnden östliche Innenstadtbereich, sowie auch ein Parkhaus am GLOBE.

Die Vernetzung der Verkehrsträger gilt es zu verbessern. Hier sind weitere sichere Fahrradstellplätze, bzw. Fahrradparkhaus und Parkplätze am Bahnhof erforderlich.

Das Stadtbusangebot gilt es den Bedürfnissen von Fernreisenden der ICE Halte und Bedürfnisse der Industriebetriebe besser zeitlich und örtlich anzupassen. Den Fahrplan der Busse gilt es am Abend und an Wochenenden auszuweiten.

Wir fordern den zügigen Schienen-Lückenschluss nach Südthüringen und den ICE Systemhalt im Stundentakt für Coburg. Schienengleiche Bahnübergänge wie in der Rodacherstr., Lautererstr. und in Creidlitz sind zu beseitigen.

Familie

Coburg Muss Familienstadt bleiben. Hier ist Sparen fehl am Platz und gefährdet unsere Zukunft. Wir stehen für Chancengleichheit für jedes Kind.

Hier ist eine qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung mit geringen Gebühren notwendig.

Angebote wie der Familienpass sollten sogar noch ausgeweitet werden.

Die Kommunale Jugendarbeit ist zu stärken.

Senioren:

Wir fordern die kostenlose Nutzung des ÖPNV bei freiwilliger Abgabe des Führerscheines ab dem 80. Lebensjahr.

Zusätzliche Bänke in der Fußgängerzone sind erforderlich.

Die Barrierefreiheit ist weiter zu verbessern.

Die FDP setzt sich für die Entstehung weiterer Mehrgenerationenhäuser ein.

Gesundheit

Die Anwerbung von Hausärzten und Fachärzten ist weiterhin erforderlich. Die WIFÖG soll dabei weiter eine zentrale Rolle spielen.

Es gilt die Mediziner Ausbildung in der Medical School in Coburg zu halten und zu unterstützen.

Eine intensive Zusammenarbeit mit dem SANA Konzern ist erforderlich. Der von SANA übernommene Klinikneubau muss durch die Stadt unterstützt werden.

Die lokalen Pflegedienste gilt es auf lokaler Ebene zu unterstützen. Die Aufgaben werden vielfältiger und beinhalten auch die Demenzbetreuung oder Programme gegen Einsamkeit.

Bildung: Schulen, Ausbildung und Hochschule

Die Hochschule und ihre Studenten sind eine Bereicherung des städtischen Lebens. Der Ausbau von Gebäuden und Flächen für die Hochschule auf dem Güterbahnhofgelände sollte weiter gefördert werden. Um eine engere Anbindung der Studierenden an die Stadt zu erreichen ist der Ausbau von Wohnraum vorrangig. Die darauf ausgerichteten Bemühungen der Wohnbau sind zu begrüßen und von der Stadt nachhaltig zu unterstützen.

Coburg verfügt über eine hervorragende Schullandschaft. Bei der Ausstattung dürfen trotz klammer Kassen keine Abstriche gemacht werden.

Wir sind vom pädagogischen Konzept der gebundenen Ganztagschule überzeugt und unterstützen den Ausbau des Angebots. An offenen Ganztagschulen muss die Hausaufgabenbetreuung durch qualifiziertes Personal gefördert werden.

Wir fordern eine Ausbildungsinitiative zur Förderung des Handwerkes. Wir sehen die Ausbildung im Handwerk als gleichwertig zur akademischen Ausbildung.

Kultur

Wir bekennen uns zu unserem Landestheater. Bei der Sanierung ist streng auf die Wirtschaftlichkeit zu achten. Keine Sanierung um jeden Preis. Wir haben dazu umfangreiche Sparvorschläge gemacht: beispielsweise Palais Kyrill nicht einbeziehen, Kein Tunnel, Nebengebäude GLOBE für die Verwaltung nutzen.

Auch beim Defizit des Spielbetriebes muss das Landestheater seinen Sparbeitrag leisten.

Das umfangreiche weitere kulturelle Angebot soll gleichmäßig unterstützt werden.

Sport und Aquaria:

Eine vielfältige attraktive Vereinsstruktur ist ein wichtiger Standortfaktor. Diese gilt es in Coburg zu erhalten. Die Förderung soll passgenau und nicht mit der Gießkanne nach objektiven Maßstäben erfolgen

Der Neubau des Hallenbades ist zu begrüßen. Zur Kosteneinsparung kann auf die Sauna verzichtet werden. Für das Oberzentrum Coburg ohne natürliche Badestellen gilt es ein attraktives Freibad weiter vorzuhalten. Die Planungen der SÜC sind dahingehend zu ändern.

Haushaltspolitik:

Die Stadt hat kein Einnahmeproblem. Wir sind eine der reichsten Städte Deutschlands. Coburg muss endlich lernen mit seinem Geld auszukommen.

Auch Sozialausgaben und Klimaschutzmaßnahmen müssen sich an Effizienz messen lassen.

Verwaltungskosten gilt es zu reduzieren.

Die Stadt soll sich auf ihre Kernaufgaben fokussieren.

Keine sinnlosen Projekte wie Bäume in versenkten Kübeln am Stadthaus, bepflanzte Bushaltesthäuschen oder Fahrradampelschalter am Steintor.

Besitzungen der Stadt ohne nachweisbaren Nutzen, sogenanntes Tafelsilber, gilt es zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen zu veräußern.

Verwaltung:

Wir wenden uns gegen eine ständige Vermehrung des Personals. Bei einem Vergleich mit anderen, selbst größeren Städten, schneiden wir hier schlecht ab. Bei konsequente Nutzung der Möglichkeiten der Digitalisierung sollte es möglich sein 10 % der Verwaltungsstellen einzusparen ohne eine Verschlechterung des Serviceangebotes für die Bürger.

Zwei hauptamtliche Bürgermeister sind aus unserer Sicht ausreichend. Das Bauamt kann von einem qualifizierten Fachmann unter politischer Leitung des Oberbürgermeisters organisiert werden.

Die Stabstelle Klimaschutz soll aufgelöst werden und die 6 Mitarbeiter werden sozialverträglich abgebaut.

An den Brückentagen wird zukünftig in der Verwaltung für die Bürger gearbeitet.

Der Klimasenat kann wieder in den Bausenat integriert werden.

Wir fordern die Wiedereinführung der Informationsfreiheitsatzung.

Umwelt und Klimaschutz, Energie

Wir bekennen uns ausdrücklich zum nachhaltigen schonenden Umgang mit unserer Umwelt.

Teure ineffektive Maßnahmen wie die Klimaunit und PR-Aktionen Blühsamenautomaten lehnen wir ab.

Effizienz von Klimaschutz muss nachweisbar sein

Photovoltaik wird seinen Beitrag zur Energiewende leisten. Freiflächenphotovoltaik mit dem Verbrauch von landwirtschaftlichen Flächen und technischer Überprägung der Landschaft sollte vermieden werden. Parkplätze, Dächer von Industriegebäuden und Supermärkten sollten hierfür vermehrt genutzt werden. Die Stadt Coburg soll mit ihrem Gebäudebestand hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Alle Energieträger sollen weiterhin verfügbar sein. Einen Rückbau des Gasnetzes in Coburg lehnen wir ab. Eine Nutzung von Wasserstoff kann geprüft werden.

Stadtpolitik

Die FDP Coburg steht für ein konstruktives ideologiefreies Miteinander mit den Parteien im Stadtrat. Unsere Denkansätze geben wichtige Impulse für die Stadtpolitik. Die Liberalen sind dabei die Stimme der Vernunft.

Wir stehen für eine transparente Stadtpolitik. Deswegen bekennen wir uns ausdrücklich zum Stadtratstreaming und mehr Beschluss Fassungen und Diskussionen in öffentlicher Sitzung - nicht wie beispielsweise bei der Diskussion um die Privatisierung des Regiomed-Konzerns oder der Theatersanierung passiert.

Wir sind für mehr Einbindung der Bürger in der Stadtpolitik und heißen Bürgerentscheide ausdrücklich gut.